AKTIV.IST.IN ♀

FRAUENRECHTE SIND MENSCHENRECHTE

NETZWERK FRAUENRECHTE

AMNESTY-INFO 4 / DEZEMBER 2023

ARMUT HAT VIELE GESICHTER

Fordere mit uns ein
Leben in Würde für alle

I RAN FROM IRAN

Die iranische Diaspora
erzählt ihre Geschichten

SETZ DICH EIN

für Narges Mohammadi
für Rita Karasartova
für Chaima Issa

NETZWERK FRAUENRECHTE
AMNESTY INTERNATIONAL

AKTIV.IST.IN NR. 168
AMNESTY-NETZWERK
FRAUENRECHTE
DEZEMBER 2023

NETZWERK FRAUENRECHTE
AMNESTY INTERNATIONAL

WEB
frauenrechte.amnesty.at

E-MAIL
frauenrechte@amnesty.at

FACEBOOK
@amnestynetzwerkfrauenrechte

TWITTER
@AIFrauenrechte

SPENDENKONTO
BIC: GIBAATWWXXX
IBAN: AT14 2011 1000 0031 6326
lautend auf
AMNESTY INTERNATIONAL
ÖSTERREICH
Verwendungszweck:
NETZWERK FRAUENRECHTE

Spenden an Amnesty sind steuerlich absetzbar.

Liebe Leserin! Lieber Leser!

Vielfach bekommen wir erzählt, in einem der reichsten Länder dieser Erde zu leben. Und dennoch: 17,5% der österreichischen Bevölkerung sind armutsgefährdet, vor allem Frauen und Kinder sind betroffen. Sie zahlen ihre Mieten nur mit größter Mühe und können am Ende des Monats zwischen Essen und Heizen wählen. Eine kaputte Waschmaschine wird zur Existenzgefährdung. Amnesty fordert eine neue, armutsfeste Regelung der Sozialhilfe, um allen ein Leben in Würde zu ermöglichen.

Vielleicht hast Du es schon gesehen? An Straßenbahnhaltestellen fallen beeindruckende Fotos von Menschen auf, die alle einen Titel tragen: I ran from Iran. Menschen, die ihre Heimat verlassen mussten, erzählen ihre Geschichte. Spannend, berührend, manches Mal auch erschütternd. Eine davon ist Shoura Hashemi, die neue Geschäftsführerin von Amnesty International Österreich, mit der wir ein Interview führen konnten. Und wir bleiben im Iran: So sehr wir uns alle über die Verleihung des Friedensnobelpreises an die unermüdliche Kämpferin für Frauen- und Menschenrechte Narges Mohammadi gefreut haben, so sehr bangen wir jetzt um ihr Leben und ihre Gesundheit. Setze dich für sie ein und unterschreibe auch für die Frauen in Afghanistan, für Rita Karasartova und Chaima Issa.

In den nächsten Wochen haben wir alle Hände voll zu tun. Wenn du dieses Heft in den Händen hältst, sind wir gerade mit oranger Farbe unterwegs, 16 Tage lang gegen Gewalt an Frauen. Und wir schreiben uns die Finger im Briefmarathon wund.

Als Autorin dieses Editorials möchte ich mich kurz vorstellen: Ich bin Dorothea Sturn, seit Juli diesen Jahres Sprecherin für das Netzwerk Frauenrechte. Seit vielen Jahren arbeite ich in der außeruniversitären Forschung und der Forschungsförderung in Österreich wie auch in Europa. Und wenn ich nicht gerade versuche, die Situation für Forschende zu verbessern, setze ich mich für Frauen- und Menschenrechte ein. Warum? Weil ich hier gegen Unrecht kämpfen und mein Engagement für Menschenrechte mit meinen feministischen Werten verbinden kann. Und mich sehr wohl fühle in der Gruppe mit wunderbaren Mitstreiterinnen. Wir freuen uns übrigens sehr über neue Aktivist*innen. Einfach ein Email an frauenrechte@amnesty.at. Und ja, Ihr habt das Sternchen richtig interpretiert: Feminism is for boys too.

DANKE FÜR DEINE UNTERSTÜTZUNG! ***Mit herzlichen Grüßen***
Dorothea für das Amnesty-Netzwerk Frauenrechte

INHALT

3 KAMPAGNEN 16 Tage gegen Gewalt / Briefmarathon
4 ÖSTERREICH Armut hat viel Gesichter
6 IRAN I ran from Iran - Stimmen der Diaspora in Österreich
8 IRAN Im Iran blieb mir die Luft zum Atmen weg
9 ÜBER AMNESTY Menschenrechtsarbeit muss auch Freude machen
11 FRIEDENSNOBELPREIS für Narges Mohammadi
12 KIRGISISTAN Rita Karasartova drohen 15 Jahre Haft
13 TUNESIEN Freiheit für Chaima Issa
14 AFGHANISTAN Quo vadis, Tochter Afghanistans
16 SOJOURNER TRUTH Erste laute Stimme für Schwarze Frauen
18 SOCIAL MEDIA TikToks Geschäftsmodell gefährdet Jugendliche
20 DIES & DAS Kurzmeldungen
21 APPELLBRIEFE Bitte absenden!
27 IN AKTION Amnesty bewegt
28 IMPRESSUM

16 TAGE GEGEN GEWALT AN FRAUEN

Weltweit…

… ist jede dritte Frau im Laufe ihres Lebens von physischer, psychischer und/oder sexueller Gewalt betroffen.

… wurden etwa 250 Mio. der heute lebenden Frauen vor ihrem 15. Lebensjahr verheiratet.

… wurden mindestens 200 Mio. heute lebender Mädchen und Frauen Praktiken der Genitalverstümmelung unterzogen.

16 Tage gegen Gewalt an Frauen und Mädchen ist eine internationale Kampagne, die jedes Jahr vom 25. November bis 10. Dezember stattfindet. Auf der ganzen Welt nützen Fraueninitiativen den Zeitraum vom *Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen* (25. November) bis zum *Internationalen Tag der Menschenrechte* (10. Dezember), um auf das Recht auf ein gewaltfreies Leben aufmerksam zu machen und setzen Aktionen dazu. Österreich nimmt seit 1992 an der Kampagne teil.

Der 25. November erinnert als *Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen* an die Ermordung der Schwestern Mirabal. Patria, Minerva und Maria Teresa Mirabal wurden an diesem Tag im Jahr 1960 nach monatelanger Verfolgung und Folter vom dominikanischen Geheimdienst brutal ermordet. Seit 1999 ist der *Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen* von den Vereinten Nationen anerkannt.

Das US-amerikanische „Center for Women's Global Leadership" initiierte 1991 die Kampagne *16 Days of Activism Against Gender Violence*.

Auch die UN-Kampagne *Orange The World* findet jährlich während der 16 Tage gegen Gewalt statt. Weltweit erstrahlen in dieser Zeit Gebäude in oranger Farbe, um ein sichtbares Zeichen gegen Gewalt an Frauen zu setzen.

Auf der Website des *Vereins Autonome Österreichische Frauenhäuser* findest du österreichweite Aktionen und Veranstaltungen während der 16 Tag gegen Gewalt an Frauen: aoef.at

Auch das Amnesty-Netzwerk Frauenrechte macht natürlich mit. Informiere dich auf unserer Website frauenrechte.amnesty.at

BRIEFMARATHON 2023

SCHREIB EINEN BRIEF – VERÄNDERE EIN LEBEN!

Jedes Jahr rund um den Tag der Menschenrechte schreiben weltweit hunderttausende Unterstützer*innen Briefe, verschicken Solidaritätskarten und unterzeichnen Petitionen für Menschen, die in Gefahr sind. Gemeinsam drücken wir dadurch Solidarität mit Menschen aus, deren Mut und Ausdauer uns inspirieren. Die Briefe und Nachrichten zeigen den Betroffenen und ihren Familien, dass sie nicht allein sind. Und sie machen Regierungen Druck: Einen einzelnen Brief können die Behörden ungelesen wegwerfen, aber Tausende Schreiben, die auf die Einhaltung der Menschenrechte pochen, lassen sich nicht ignorieren.

Wir laden dich deshalb herzlich dazu ein, an der weltweit größten Amnesty-Aktion teilzunehmen. Zwei Appellbriefe des diesjährigen Briefmarathons findest du in dieser *AKTIV. IST.IN.* Du kannst dich online für drei Menschen in Gefahr einsetzen unter *briefmarathon.amnesty.at.*
Alle zehn Appellfälle findest du auf der Seite der Region Wien/NÖ: *amnesty.at/über-amnesty/aktivist-innen/region-wien-niederoesterreich-burgenland/*

4. bis 15. Dezember 2023

ARMUT HAT VIEL GESICHTER

Jeder 7. Mensch in Österreich ist armutsgefährdet. Wir brauchen dringend eine neue Regelung der Sozialhilfe, um allen ein Leben in Würde zu ermöglichen.

ARMUT IST WEIBLICH.

Laut Statistik Austria sind Frauen überproportional von erheblichen materiellen und sozialen Benachteiligungen betroffen, insbesondere Frauen im Alter und Alleinerzieherinnen. Dahinter liegen strukturelle Ursachen: So weist Österreich eines der größten geschlechtsspezifischen Lohngefälle („genderpay-gap") in der Europäischen Union auf. Arbeitsmigrant*innen erhalten zudem 25% weniger Lohn als österreichische Staatsangehörige; und Migrantinnen erhalten 26,8% weniger als Nicht-Migrantinnen. Frauen arbeiten auch häufiger in atypischen Beschäftigungsverhältnissen, wie etwa Teilzeitarbeit, und übernehmen den größten Teil der unbezahlten Sorgearbeit. Aufgrund dieser strukturellen Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt verdienen Frauen weniger als Männer und sind finanziell weniger unabhängig. Frauen im Alter haben ein höheres Armutsrisiko, da sie aufgrund der strukturellen Ursachen nicht die gleiche Anrechnungszeiten für die Pension sammeln können, wie Männer in Österreich.

Armut ist nicht die individuelle Schuld von Einzelnen, sondern in den allermeisten Fällen eine Folge von strukturellen Versäumnissen des Staates. Das wird aber leider von vielen nicht so gesehen – weder von der breiten Gesellschaft, die Menschen in Armut ausgrenzt und stigmatisiert, noch zum Teil von den Betroffenen selbst, denen ständig mit dem Narrativ „Leistung zählt" das Gefühl gegeben wird, sie hätten nicht genügend geleistet.

Die Analyse von Amnesty International am Internationalen Tag zur Bekämpfung von Armut am 17. Oktober ist eindeutig: Das Sozialhilfe-Grundsatzgesetz (SH-GG), in dem die Sozialhilfe geregelt ist, ist menschenrechtswidrig. Österreich zählt zu den höchst entwickelten Sozialstaaten weltweit; die Sozialhilfe macht mit rund einer Milliarde Euro im Jahr 2022 nicht einmal ein Prozent des Gesamtbudgets für Sozialausgaben aus.

FALSCHE ZIELSETZUNG: GESETZGEBER WOLLTE NICHT (MEHR) ARMUT BEKÄMPFEN. Mit der Verabschiedung des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes im Jahr 2019 inklusive der damit verbundenen Einführung von Höchstsätzen hat sich Österreich von einem menschenrechtsbasierten Ansatz in der Sozialhilfe entfernt. Der bis dahin geltende – und völkerrechtlich verbindliche – Ansatz, Sozialhilfe auch als Mittel zur Bekämpfung von Armut zu sehen und die einzelnen Regelungen im Hinblick auf dieses Ziel zu gestalten, ist mit dem SH-GG weggefallen.

Teresa Hatzl, Expertin für soziale Rechte bei Amnesty Österreich, kritisiert am SH-GG im Speziellen drei Aspekte: Die fehlende Zielsetzung, Armut zu bekämpfen - stattdessen wurden fremden- und integrationspolitische Motive priorisiert: „Das schien wichtiger als die Armutsbekämpfung", so die Juristin. Die sehr bewusst gesetzten Ausschlusskriterien, durch die der Kreis derjenigen, die Anspruch auf Sozialhilfe haben, deutlich kleiner geworden ist. „Es ist offensichtlich, dass das SH-GG keinen diskriminierungsfreien Zugang sicherstellt und gerade jene Menschen, die besonders Unterstützung bräuchten, von der Sozialhilfe ausschließt." Die im SH-GG festgeschriebenen Höchststatt der davor geltenden Mindestsätze, die noch dazu viel zu niedrig angesetzt sind.

KEIN LEBEN IN WÜRDE: SOZIALHILFE UNTER DER SCHWELLE FÜR ARMUTSGEFÄHRDUNG. „Es geht ja nicht nur ums reine Überleben. Es geht um ein Leben in Würde, das der Staat allen Menschen in Österreich ermöglichen muss", betont Hatzl. Die Höchstsätze stehen dem aber diametral entgegen und orientieren sich nicht an den faktischen Lebensrealitäten der Menschen. Die Sozialhilfe liegt deutlich unter der Armutsgefährdungsschwelle. „Das ist besonders perfide: Obwohl die Sozialhilfe eigentlich das letzte Auffangnetz für Menschen in Krisen sein sollte, ist es den Ländern durch das Grundsatzgesetz des Bundes ausdrücklich untersagt, günstigere Regelungen über die Höhe der Sozialleistungen zu erlassen."

Die Ablösung der Mindest- durch Höchstsätze stellt laut Amnesty in der Sozialhilfe auch eine „rückschrittliche Maßnahme dar, die nur in sehr eng definierten Situationen rechtlich zulässig ist." Dass dies nicht nur ein menschenrechtliches Problem ist, sondern dadurch tatsächlich mehr Menschen an

den Rand gedrängt werden, bestätigt auch Martin Schenk, Sozialexperte und Sprecher der Armutskonferenz: „Die Abschaffung der Mindestsicherung und die Einführung der Sozialhilfe hat zu einer sozialen Verschlechterung bei allen geführt, die Hilfe benötigen. Keiner alten Frau, keinem Menschen mit Behinderungen, keinem Niedriglohnbezieher geht es jetzt besser. Im Gegenteil. Die Sozialhilfe ist wie eine kaputte Brücke, die über dem reißenden Fluss bricht.“ Von der Sozialhilfe sei mittlerweile nur mehr eine eingestürzte Ruine über, erinnert Schenk an die wiederholte Aufhebung verfassungswidriger Bestimmungen im Sozialhilfe-Grundsatzgesetz.

GLÜCKSSPIEL: SOZIALLEISTUNGEN IN JEDEM BUNDESLAND ANDERS. Verschärft wird das, so Teresa Hatzl, noch zusätzlich durch die enorme Zersplitterung der Regelungen und die Tatsache, dass das SH-GG noch nicht einmal in allen Bundesländern umgesetzt ist: in Tirol und im Burgenland gelten noch die Mindestsicherungsgesetze von davor, Wien hat nur Teilbereiche des SH-GG umgesetzt. „Ich wiederhole, was wir bereits im Zusammenhang mit dem von uns untersuchten System der Wohnungslosenhilfe feststellen mussten: Es gleicht einem Glücksspiel, wo ich wohne und wie hoch die mir zustehenden Leistungen der Sozialhilfe sind“, kritisiert die Expertin für soziale Rechte.
„Das SH-GG-sollte eigentlich eine Weiterentwicklung des österreichischen Sozialsystems sein – so nannten es die damaligen Verfasser. Die – durchaus sinnvolle – Idee war, die unterschiedlichen Modelle der Mindestsicherung der einzelnen Bundesländer zu harmonisieren. Passiert ist allerdings leider das Gegenteil“, erklärt sie. Die Ausgestaltung als sogenanntes „Grundsatzgesetz“ mit Spielräumen für die Bundesländer führte letztlich dazu, dass die Sozialhilfe in Österreich mittlerweile völlig uneinheitlich ist. Das zeigt sich unter anderem bei den verschiedenen Kinderrichtsätzen und Alleinerziehenden-Zuschlägen, wo jedes Bundesland die Leistungshöhe für Kinder frei bestimmen kann. „Anscheinend sind Kinder in der Sozialhilfe nicht überall gleich viel wert“, so Hatzl.

AMNESTY-FORDERUNG: NEUE REGELUNG DER SOZIALHILFE. Die Debatte rund um das Thema Armut wird derzeit sehr emotional und zum Teil auch polemisch geführt. Klar ist jedenfalls, dass es neue Ansätze braucht.
Amnesty fordert von den Regierungsparteien eine Neugestaltung der Sozialhilfe, die allen Menschen in Österreich ein Leben in Würde und soziale Teilhabe ermöglicht, mit Mindestsätzen, die sich an den Lebensrealitäten der Menschen orientieren. Die neue Regelung muss unter anderem wieder zum Ziel haben, Armut in Österreich zu bekämpfen und für alle Menschen in Österreich – unter anderem subsidiär Schutzberechtigte, die derzeit davon ausgenommen sind – gelten. Außerdem braucht es das Bekenntnis der Bundesregierung zu sozialen Rechten und deren Verankerung in der österreichischen Verfassung, damit der österreichische Verfassungsgerichtshof Gesetze vor diesem Maßstab überprüfen kann und die im *Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte* verankerten Rechte, u.a. das Recht auf soziale Sicherheit, vor nationalen Gerichten eingeklagt werden können.

PETITION!
Auf amnesty.at findest du eine Petition für eine Neuregelung der Sozialhilfe.
Diese richtet sich an die Bundesregierung sowie die Bereichssprecher*innen aller Parlamentsparteien.

I RAN FROM IRAN

Die katastrophale Menschenrechtslage im Iran hat in den letzten Jahrzehnten zahlreiche Menschen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Einige von ihnen haben Amnesty ihre Geschichte erzählt.

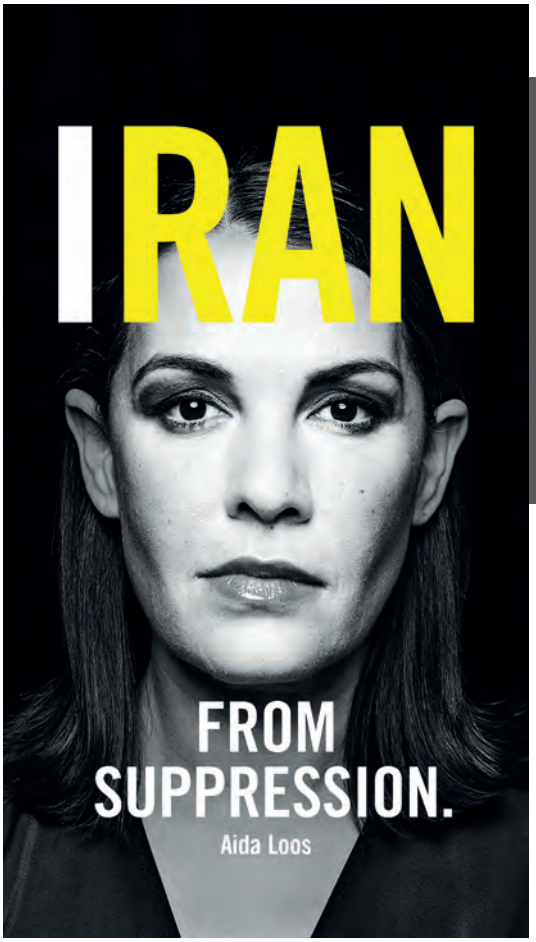
DIE INTERNATIONALE GEMEINSCHAFT MUSS HANDELN

Amnesty International fordert die österreichische Regierung auf, konkrete Maßnahmen zur Unterstützung der iranischen Zivilgesellschaft zu ergreifen. Dazu zählt etwa die humanitäre Aufnahme und Unterstützung von Personen, die aufgrund ihres Aktivismus und ihres Einsatzes für die Menschenrechte gefährdet sind oder dringend medizinische Hilfe benötigen. Darüber hinaus appelliert Amnesty International an Österreich, sich vehement für ein Ende der Straflosigkeit bei Menschenrechtsverletzungen im Iran einzusetzen.

Friedlich die eigene Meinung äußern, auf die Straße gehen und protestieren, lieben, wen sie wollen oder frei den eigenen Glauben wählen – für diese grundlegenden Menschenrechte kämpfen viele, vor allem junge Menschen im Iran bis heute. Seit Jahrzehnten herrschen im Iran Menschenrechtsverletzungen, Unterdrückung und Straflosigkeit für die Verbrechen des Regimes. Jeglicher Dissenz wird gnadenlos unterdrückt. Das Innenministerium sowie die Sicherheits- und Nachrichtendienste verbieten unabhängige politische Parteien, Menschenrechtsgruppen und andere zivilgesellschaftliche Initiativen. Alle Arten von Medien unterliegen der Zensur. Die Körper und Leben von Frauen und Mädchen werden staatlich kontrolliert und beschränkt. Jedes Jahr werden tausende Menschen willkürlich inhaftiert und zu Unrecht strafrechtlich verfolgt, weil sie friedlich ihre Menschenrechte ausgeübt hatten.

FLUCHT AUS DEM IRAN. Wer im Iran versucht für Menschenrechte einzustehen, riskiert einen hohen Preis zu bezahlen. Verschwindenlassen, Folter und andere Misshandlungen sind im Iran weit verbreitet und werden systematisch angewendet, ohne geahndet zu werden. Gerichte verhängen Körperstrafen, die der Folter gleichkommen, wie Auspeitschungen und Amputationen. Das Recht auf ein faires Gerichtsverfahren wird systematisch verletzt. Die Todesstrafe dient als Mittel der politischen Unterdrückung. Im Jahr 2022 ließen die iranischen Behörden mindestens 576 Menschen hinrichten.
Die katastrophale Menschenrechtslage hat in den letzten Jahrzehnten viele Menschen gezwungen, ihre Heimat Iran zu verlassen. Viele von ihnen hoffen, eines Tages in einen freien Iran zurückkehren zu können, in dem Menschenrechte geachtet und ein menschenwürdiges Leben möglich ist.
Heute kann selbst ein Familienbesuch in der Heimat für Exil-Iraner*innen gefährlich sein: Die iranischen Behörden nehmen seit Jahren ausländische und Doppelstaatsangehörige unter falschen Anschuldigungen ins Visier, um diplomatischen Druck auszuüben.

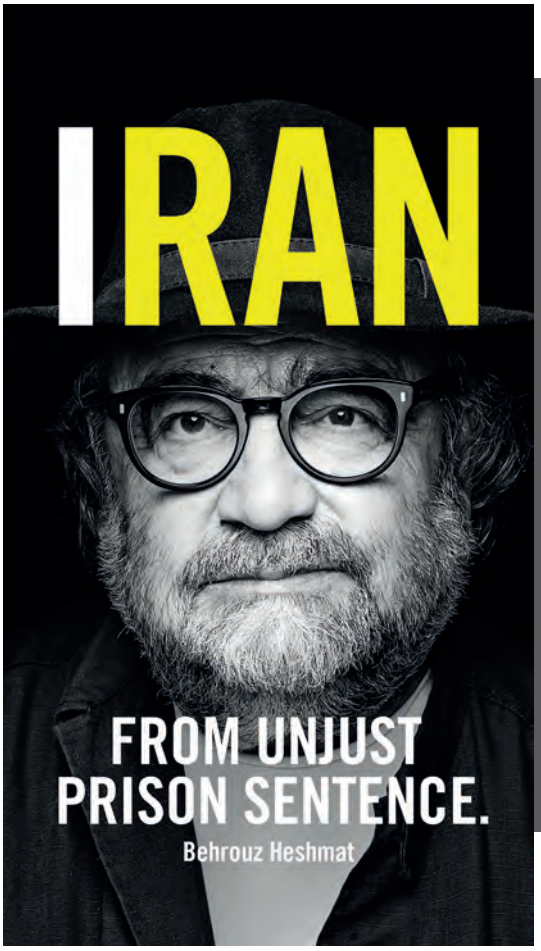
MASSENPROTESTE FÜR FREIHEIT UND MENSCHENRECHTE. Ab September 2022 wurde der Iran von einem noch nie dagewesenen Aufstand der Bevölkerung gegen das System der Islamischen Republik erschüttert. Die 22-jährige Mahsa (Zhina) Amini, die der kurdischen Minderheit angehört und von der sogenannten „Sittenpolizei“ wegen ihres Kopftuchs festgenommen wurde, starb drei Tage nach ihrer Festnahme, am 16. September 2022. Augenzeug*innen zufolge wurde sie brutal geschlagen. In Reaktion auf ihren Tod brachen im Iran weitgehend friedliche Proteste aus, die von den iranischen Sicherheitskräften gewaltsam niedergeschlagen werden. Die Sicherheitskräfte schossen unrechtmäßig mit scharfer Munition und Metallkugeln. Hunderte Männer, Frauen und Kinder wurden getötet und Tausende verletzt. Tausende wurden willkürlich inhaftiert und/oder zu Unrecht strafrechtlich verfolgt, nur weil sie friedlich ihre Menschenrechte wahrgenommen hatten. Um die Menschen von Protesten abzuhalten, gehen die Behörden mit Misshandlungen und Folter vor, die sogar gegen Kinder eingesetzt wird. Amnesty International hat aufgedeckt, wie die iranischen Behörden Folter wie Schläge, Auspeitschungen, Elektroschocks, Vergewaltigungen und andere sexualisierte Gewalt gegen Kinder im Alter von 12 Jahren angewandt haben, um ihre Beteiligung an landesweiten Protesten zu unterbinden.



AIDA LOOS

Die Kabarettistin und Schauspielerin Aida Loos flüchtete mit viereinhalb Jahren mit ihren Eltern und ihren beiden Schwestern aus dem Iran nach Österreich. Aus ihren ersten Lebensjahren im Iran ist ihr die Angst geblieben, gemeinsam mit vielen Menschen in einem dunklen Raum zu sein. In ihrem Beruf als Kabarettistin überwindet sie diese Angst immer wieder aufs Neue. Seit im September 2022 die Massenproteste im Iran ausbrachen, befinden sich auch Aida und ihre Familie in Österreich im Ausnahmezustand.

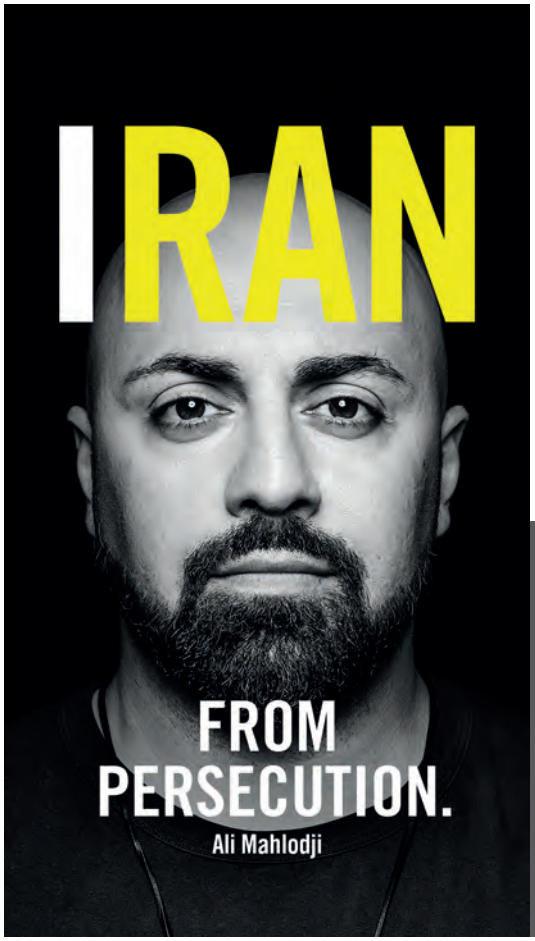
„Unsere Eltern wollten uns vor der Revolution, vor dem Regime, vor der Unterdrückung und Fremdbestimmung beschützen."



BEHROUZ HESHMAT

Behrouz Heshmat ist Bildhauer und arbeitete im Iran erfolgreich an seinen Skulpturen, bis er mit der Zensur des Regimes konfrontiert wurde. Nachdem eine seiner Skulpturen aus einem Park entfernt wurde und ihm nahegelegt wurde, das Land zu verlassen, kam er nach Wien. Hier setzt Behrouz Heshmat seine Arbeit fort, doch ist er nur physisch in Wien angekommen. Sein Kopf arbeitet weiterhin im Iran, sagt Behrouz Heshmat.

„Wenn ich schlafen gehe im Iran, wache am Morgen in Wien auf."



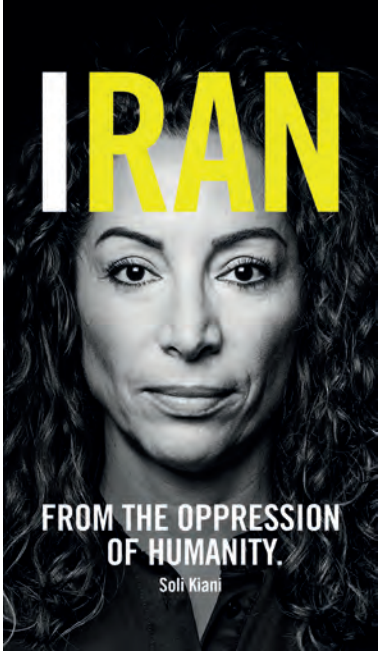
ALI MAHLODJI

Als der Unternehmer und Autor Ali Mahlodji drei Jahre alt war, mussten seine Eltern aus dem Iran fliehen. Sie hatten an einer Demonstration teilgenommen und gerieten ins Visier des Regimes. Heute schmerzt es Ali Malhlodji zwar, dass er nicht zurück in den Iran kann. Doch er hofft darauf, eines Tages dabei mithelfen zu können, einen neuen Iran wiederaufzubauen, in dem Freiheit und Menschenrechte für alle gelten.

„Meine Eltern standen auf einer Verhaftungsliste. Sie wussten, wenn sie nicht sofort fliehen, werden sie mit dem Leben dafür bezahlen."

I RAN FROM IRAN

„IM IRAN BLIEB MIR DIE LUFT ZUM ATMEN WEG“



Soli Kiani wurde 1981 im Iran geboren. Seit 2000 lebt und arbeitet sie in Wien. Die Künstlerin beschäftigt sich in ihren Arbeiten mit dem Thema Menschenrechte, insbesondere mit den Rechten der Frauen im Islam.

Warum sind Sie damals aus dem Iran weggegangen?
Ich bin gegangen, weil ich im Iran das Gefühl hatte, dass mir die Luft zum Atmen wegbleibt. Ich fühlte mich eingeengt und eingesperrt.

Wie erinnern Sie sich an Ihr Leben im Iran?
Ich vergleiche die Zeit im Iran immer mit den vielen Lockdowns während der Corona-Pandemie, da Einschränkungen im Privatleben für mich aus Erfahrungen im Iran nichts Neues waren, nur waren sie im Iran noch schlimmer. Die Freiheit, sich frei zu bewegen, die Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit und Entscheidungsfreiheit waren stark eingeschränkt.
Je nachdem, wie liberal die Familien waren, gab es in den eigenen vier Wänden mehr Freiheiten, aber insgesamt war die Situation oft sehr streng. Schwieriger ist es auch im privaten Raum, der dort immer weniger existiert. Überall wird man kontrolliert, sei es durch die Verschleierungspflicht oder durch die Sittenpolizei, die in Wohnungen eindringt, um Partys aufzulösen. Das Leben im Iran war wie ein Gefängnis. Je älter ich werde und je länger ich in Österreich lebe, desto mehr wird mir bewusst, wie eingeengt ich war.

Was denken Sie, wie Ihr Leben verlaufen wäre, wenn Sie im Iran geblieben wären?
Ich möchte mir gar nicht vorstellen, wie mein Leben im Iran ausgesehen hätte.
Ich hätte sicher nicht religions- und gesellschaftspolitisch kritische Kunst machen können, auf jeden Fall nicht in der Form in der ich sie heute in Europa ausüben kann und darf. Im Iran ist Kunst wie vieles andere im Land von Zensur betroffen.
Mit meiner Arbeit würde ich im Iran eingesperrt und vielleicht hingerichtet werden.
Ich kritisiere politische Machtstrukturen und zeige nackte Körper, was im Iran nicht erlaubt ist. Für mich ist meine Kunst ein Mittel geworden, um auf die Situation im Iran aufmerksam zu machen.
Ich habe eine Fotoserie und Malereien erstellt, in denen ich den Schleier, den sogenannten „Tschadoor“, mit einem Müllsack ersetzt habe. Diese Arbeit spiegelt meine eigenen Gefühle und Erfahrungen wider und trägt den Titel „Breathe“, was natürlich ironisch gemeint ist. Diese Serie zeigt genau das Gefühl der kollektiven und permanenten Erfahrung von Stress und Eingesperrtsein, die viele Frauen im Iran teilen.

Warum ist der Iran ein so großer Teil Ihrer Kunst? Warum beschäftigt es Sie nach all den Jahren weiterhin?
Weil ich nicht anders kann, und weil es wichtig ist die Stimme gegen Ungerechtigkeit zu erheben. Früher habe ich fröhliche, bunte Bilder gemalt und mich von Politik ferngehalten. Ich komme aus einer sehr politischen Familie. Mein Onkel wurde nach der iranischen Revolution aus politischen Gründen hingerichtet. Ich kann mich noch daran erinnern, wie ich als kleines Kind mit meiner Familie, mit meiner Mutter, meine Tante oder meinen Onkel im Gefängnis besuchte. Das hat mich stark beeinflusst.

Geben Ihnen die Proteste Hoffnung für Veränderung im Iran?
Ja, wenn ich heute diese jungen Menschen sehe, bewundere ich sie dafür, dass sie sich der Gefahr bewusst sind, die ihnen droht, aber dennoch auf die Straße gehen. Ich hoffe nur, dass die ältere Generation sich diesen Veränderungen anschließt und sie den Wandel ebenfalls unterstützen werden.

*Weitere Berichte von Exiliraner*innen auf amnesty.at*

„MENSCHENRECHTSARBEIT MUSS AUCH FREUDE MACHEN.“

Shoura Hashemi ist die neue Geschäftsführerin von Amnesty International Österreich. Zu ihrem Start sprachen wir mit ihr darüber, wie Amnesty die Menschenrechte in Österreich auf die Tagesordnung der Politik setzt und wie sie Freude an der Arbeit für Menschenrechte weitergeben will.

Dein Start als neue Ko-Geschäftsführerin von Amnesty International Österreich liegt bereits ein paar Wochen zurück. Wie war die erste Zeit für dich?

Die ersten Wochen waren intensiv. An dem Tag, an dem wir offiziell bekannt gegeben haben, dass ich die Geschäftsführung von Amnesty in Österreich übernehmen werde, bekam ich Hunderte von Nachrichten und Anrufen. All die Reaktionen haben mir gezeigt, in Österreich gibt es ein Bedürfnis nach einer starken Zivilgesellschaft und nach Menschen, die sie tragen. Ich sehe mich zwar nicht in der Rolle und Amnesty ist keine Partei, aber an dem Tag hat es sich fast ein bisschen so angefühlt, als würden wir in den nächsten Wahlkampf ziehen (lacht).

Schon vor deiner Zeit bei Amnesty International warst du bereits bekannt als Menschenrechtsaktivistin für den Iran. Was hat der Ausbruch der Proteste im letzten Jahr bei dir ausgelöst?

Der Aktivismus und die Lust, etwas zu verändern, das ist mit der iranischen Protestbewegung gekommen. Mir war schnell klar, nur auf Demos zu gehen, genügt mir nicht. Ich wollte mehr Menschen erreichen. Ich wollte, dass tatsächlich etwas passiert. Darum habe ich begonnen, mich auf sozialen Netzwerken zu äußern, mit Entscheidungsträger*innen zu sprechen und versucht, ein Sprachrohr für die Menschenrechtsbewegung im Iran zu sein.

Im Interview zu der aktuellen Kampagne von Amnesty International „I RAN FROM IRAN“ erzählst du, dass bereits deine Eltern politisch aktiv waren, bevor ihr 1987 aus dem Iran nach Österreich geflüchtet seid. Inwieweit haben sie dich geprägt, selbst ein politischer Mensch zu sein?

Meine Eltern waren zwar politisch aktiv, aber sie haben mir nie etwas aus dieser Zeit erzählt. Dennoch haben sie mich sehr beeinflusst. Bei uns zu Hause ist immer über Politik gesprochen worden. Das Interesse daran, wie die Verhältnisse sind und wie sie besser sein könnten, wer vielleicht unter Verhältnissen leidet und wer von ihnen profitiert, das habe ich sicher von ihnen.

Shoura Hashemi möchte möglichst viele Menschen motivieren, sich zu äußern und zu beteiligen.

© Amnesty International

Kannst du in deiner Menschenrechtsarbeit jetzt wirksamer sein als zuvor?

Ja, total. Ich habe schon zuvor versucht, Strukturen aufzubauen. Das hat auch funktioniert, aber mit Amnesty International ist es viel professioneller. Es ist eine Struktur und auch die richtige Einstellung vorhanden. Ich merke, dass die Menschen hier aus einem Idealismus heraus arbeiten und nicht nur, weil es ihr Lohnberuf ist. Das spürt man.

„MENSCHENRECHTSARBEIT MUSS AUCH FREUDE MACHEN.“

STECKBRIEF

SHOURA HASHEMI wurde 1982 in Mashhad, Iran, geboren und verbrachte dort die ersten Jahre ihres Lebens. Gemeinsam mit ihrer Familie floh sie 1987 nach Österreich, wo ihnen politisches Asyl gewährt wurde. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften in Wien absolvierte Shoura Hashemi die Diplomatische Akademie. Sie arbeitete 15 Jahre lang im diplomatischen Dienst des Außenministeriums, unter anderem bei österreichischen Vertretungen in Brüssel, Genf und Jakarta. Ab September 2022 dokumentierte sie Ereignisse im Rahmen der Protestbewegung „Frau, Leben, Freiheit“ im Iran und engagierte sich als Aktivistin. Im August 2023 wechselte Shoura Hashemi zu Amnesty International und bildet gemeinsam mit Aurélie Tournan die Doppelgeschäftsführung der österreichischen Sektion.

Welche Rolle würdest du gerne zusammen mit Amnesty International Österreich einnehmen?

Eine Rolle, die sich auf die Zivilgesellschaft fokussiert und so viele Menschen wie möglich mitnimmt. Ich möchte Menschen motivieren, sich zu äußern und zu beteiligen. Ich glaube, wir alle gemeinsam können Amnesty International noch stärker machen.
Wir sind die weltweit größte Menschenrechtsorganisation. Mein Anspruch ist daher: Wenn es irgendwo eine Frage zu menschenrechtlichen Themen gibt, in Redaktionen und auch in der Politik, wenn es Beratung braucht, dann sollen sich Menschen an uns wenden.

Was sind weltweit, aber auch in Österreich die derzeit dringlichsten Menschenrechtsthemen und welche Rolle kommt Amnesty International in Österreich dabei zu?

Global beobachten wir, dass Menschenrechte immer mehr am Rückzug sind und die Zivilgesellschaft immer öfter eingeengt wird. Damit ist klar, dass Amnesty International die erste Anlaufstelle ist, die dagegenhalten muss. In Österreich stehen derzeit vor allem die menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten sowie der Schutz der Meinungs- und Informationsfreiheit im Mittelpunkt unserer Arbeit.

Warum ist es wichtig, sich hier in Österreich für internationale Themen einzusetzen?

Um genau diesen schleichenden Rückgang der Menschenrechte aufzuhalten und das hört nicht in Europa auf. Es muss uns kümmern, was in Ländern wie Afghanistan oder auch dem Iran passiert, denn auch dort hat es einmal andere Umstände gegeben. Man darf nicht alles für selbstverständlich nehmen. Gerade in Österreich sehen wir in den letzten Jahren Tendenzen zu etwas illiberalen Strukturen.

Ein Thema, das viele Menschen beschäftigt und zum Aktivismus bringt, ist die Klimakrise. Was ist die Rolle von Amnesty International in der Klimabewegung?

Als Teil der Klimabewegung ist es unsere Aufgabe, gemeinsam mit anderen Organisationen und jedem*jeder Einzelnen laut zu sein und Veränderung einzufordern. Doch das können wir alle nur dann tun, wenn wir unser Recht auf Protest uneingeschränkt ausüben können. Unsere Aufgabe ist es daher, aufzustehen und zu sagen: Wir stehen Seite an Seite mit der Klimabewegung als Schützer*innen ihrer Grundrechte. Das tun wir bei Klima-Aktivist*innen, genauso wie bei der Einschüchterungsklage gegen SOS Balkanroute und überall dort, wo Menschen für ihre Rechte kämpfen. Das ist unsere Rolle.

Was würdest du Menschen raten, die sich heute engagieren wollen?

Bei mir war es ein sehr persönliches Thema, das mich zum Aktivismus gebracht hat, das kann ich schwer an andere weitergeben. Aber ich glaube, was wirklich motiviert, ist, wenn es eine Organisation wie Amnesty International gibt, die ausstrahlt, dass es nicht nur sinnvoll ist, sondern auch Freude macht, etwas für Menschenrechte zu tun. Das wäre mein Zugang: Freude zu vermitteln.

AKTIV WERDEN

Du möchtest mit dabei sein? Wir freuen uns auf dich!

Unsere Kolleg*innen im Freiwilligenmanagement freuen sich auf deine Nachricht an aktivwerden@amnesty.at

© REIHANE TARAVATI AFP pictruedesk.com

Die politisch inhaftierte Menschenrechtsverteidigerin kämpft seit vielen Jahren unermüdlich für Menschen- und Frauenrechte im Iran, massivster Verfolgung zum Trotz.

IRAN

FRIEDENSNOBELPREIS FÜR NARGES MOHAMMADI

„Heute ist ein Festtag! Die Verleihung des diesjährigen Friedensnobelpreises an Narges Mohammadi ist eine verdiente Auszeichnung für ihren mutigen Einsatz im Iran und ein wichtiges Zeichen für den Widerstand der iranischen Frauen gegen ein autoritäres System, das die Menschenrechte mit Füßen tritt. Es ist aber auch ein Appell an uns alle, immer und immer wieder hinzuschauen auf dieses menschenrechtsfeindliche Regime. Die Verantwortlichen inhaftieren willkürlich Menschen, die sich für ihre Rechte einsetzen, foltern sie und machen sich Vergehen schuldig, die international geahndet werden müssen," sagte Shoura Zehetner-Hashemi, Geschäftsführerin von Amnesty International Österreich, nachdem die Verleihung am 6. Oktober bekannt wurde.

MUTIGER EINSATZ TROTZ VERFOLGUNG. Die bekannte iranische Menschenrechtsverteidigerin und Mitglied der Amnesty International Österreich Mediziner*innen-Gruppe Narges Mohammadi prangerte unter anderem die Praxis der Einzelhaft in iranischen Gefängnissen öffentlich an und forderte Rechenschaft für Hunderte rechtswidrige Tötungen während der landesweiten Proteste im November 2019. Narges Mohammadi hat ein Buch über „Weiße Folter" - Einzelhaft - geschrieben, in dem sie ihre eigenen und die Erfahrungen weiterer inhaftierter Frauen schildert. 2011 wurde Narges Mohammadi allein wegen ihrer friedlichen Menschenrechtsarbeit im *Centre for Human Rights Defenders* zu einer sechsjährigen Haftstrafe verurteilt. In einem weiteren unfairen Gerichtsverfahren im April 2016 wurde sie zu weiteren 16 Jahren Gefängnis verurteilt. Ihre Verurteilung erfolgte ausschließlich aufgrund ihrer Menschenrechtsarbeit. Weltweit forderten Tausende Menschen ihre Freiheit. Anfang Oktober 2020 wurde Narges Mohammadi vorzeitig aus dem Gefängnis von Zanjan im Iran entlassen.

ERNEUTE HAFT UND FOLTER. Nach ihrer Freilassung setzte Narges Mohammadi ihren Weg als Menschenrechtsverteidigerin ohne einen Tag Pause weiter fort. Tag für Tag kämpfte sie für politisch Inhaftierte, ihre Familien und Hinterbliebenen und für die Rechte der Frauen im Iran. Am 16. November 2021 wurde Narges Mohammadi in Karaj in der Provinz Alborz erneut willkürlich und gewaltsam verhaftet. Sie nahm gerade an einer Gedenkveranstaltung teil. Im Gefängnis wurde sie von Angehörigen der Strafverfolgungsbehörden auf Geheiß des Geheimdienstministeriums gefoltert und anderweitig misshandelt. Man verweigerte ihr vorsätzlich eine angemessene Gesundheitsversorgung, um sie für ihre Menschenrechtsarbeit zu bestrafen. Zusätzlich drohen ihr 154 Peitschenhiebe. Sie wurde in zwei separaten Fällen zu insgesamt zehn Jahren und acht Monaten Gefängnis sowie 154 Hieben und anderen Sanktionen verurteilt.
Im Oktober 2023 trat sie als Protest gegen die Haftbedingungenin in einen Hungerstreik.

SETZ DICH EIN!
Bitte schick den Appellbrief möglichst bald ab oder unterschreibe online!

KIRGISISTAN

RITA KARASARTOVA DROHEN 15 JAHRE HAFT

Der kirgisischen Aktivistin Rita Karasartova drohen 15 Jahre Haft. Wegen ihres menschenrechtlichen Engagements wurde sie angeklagt, einen gewaltsamen Umsturz versucht zu haben.

SETZ DICH EIN!
Bitte schick den Appellbrief möglichst bald ab.

© privat

MACH RITA MUT!

Schreib Ihr eine persönliche Nachricht, in der du sie bestärkst und ihr zeigst, dass sie nicht allein ist.

ADRESSE:

Rita Karasartova
c/o Civic Initiatives
Abdrakhmanova 204
Office 14
Bishkek
710040
Kirgisistan
E M A I L : freedomrita@protonmail.com
FA C E B O O K : www.facebook.com/rita.karasartova

BRIEF MARATHON

Auf amnesty.at findest du weitere Fälle des Briefmarathons 2023.

Rita Karasartova verbringt gerne Zeit mit ihren Kindern, praktiziert Yoga und näht Chapans, die traditionellen Steppjacken, die die Menschen in Kirgisistan tragen. Doch seit Oktober 2022 ist Ritas Leben auf den Kopf gestellt. Sie wurde verhaftet und verbrachte Monate inhaftiert in einer engen Zelle, ohne Zugang zu medizinischer Versorgung. Sie konnte ihre Familie weder sehen noch sprechen. Jetzt steht sie unter Hausarrest und hat eine strenge Ausgangssperre.

Rita ist eine Menschenrechtsverteidigerin und Expertin für Bürgerbeteiligung. Seit über einem Jahrzehnt widmet sie ihr Leben der unabhängigen Rechtsberatung und hilft Menschen, deren Rechte durch ein korruptes und unzuverlässiges Rechtssystem verletzt wurden. Sie leitet das nichtstaatliche *Institut für öffentliche Analysen* und ist Mitglied der *Vereinigten Demokratischen Bewegung Kirgisistans*, die gegen Armut und Ungerechtigkeit kämpft.

Zusammen mit 26 anderen Personen wurde Rita verhaftet, weil sie sich gegen ein neues Grenzabkommen aussprach, in dem die Kontrolle über ein Süßwasserreservoir an Usbekistan übertragen wurde. Die Gruppe rief die Menschen auf, gegen das Abkommen zu demonstrieren und Transparenz von der Regierung zu verlangen. Wie andere befürchtete auch Rita, dass Usbekistan den Zugang zu Wasser, einer knappen Ressource in der Region, einschränken oder verbieten würde, was verheerende Folgen haben könnte.

Rita und ihre Mitstreiter*innen wurden zunächst festgenommen wegen Organisation von „Massenunruhen“. Sie wurde wegen des Versuch des „gewaltsamen Umsturzes der Regierung“ angeklagt, was mit einer Höchststrafe von 15 Jahren Freiheitsstrafe geahndet werden kann.

TUNESIEN

FREIHEIT FÜR CHAIMA ISSA

Weil sie ihr Recht auf freie Meinungsäußerung kompromisslos wahrnimmt, wurde Chaima Issa wegen Verschwörung angeklagt. Darauf steht jahrelange Haft und sogar die Todesstrafe,

© privat

Es liegt der Aktivistin Chaima Issa im Blut, für das einzutreten, was sie für richtig hält. Als Tochter eines ehemaligen politischen Gefangenen sagt Chaima den Mächtigen die Wahrheit. Selbst wenn der Preis dafür ihre Freiheit ist. Ihr wurde ein Reiseverbot auferlegt, und wenn sie vor Gericht gestellt wird, drohen ihr Jahre im Gefängnis und möglicherweise die Todesstrafe.

WO LIEGT DAS PROBLEM? Als der tunesische Präsident Kais Saied im Juli 2021 das Parlament auflöste, den Premierminister entließ und unter Berufung auf Notstandsbefugnisse die Kontrolle über das Land übernahm, war Chaima einer der ersten, der sich ihm öffentlich widersetzte. Seit seiner Machtergreifung sind die Menschenrechte in Tunesien brüchiger denn je. Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist unter Beschuss. Militärgerichte gehen gegen Kritiker*innen der Regierung vor, und dem Rechtssystem fehlt es an Unabhängigkeit.

Nachdem sie sich mit ausländischen Diplomat*innen und anderen tunesischen Oppositionellen getroffen hatte, um die politische Lage in Tunesien zu erörtern, wurde Chaima am 22. Februar 2023 im Rahmen einer Untersuchung wegen angeblicher „Verschwörung“ verhaftet, eine Anklage, die im Falle eines Schuldspruchs zu jahrzehntelanger Haft oder sogar zur Todesstrafe führen kann.

Sie wurde nach mehr als vier Monaten willkürlicher Haft freigelassen, aber das Verfahren gegen sie läuft weiter, und die Behörden haben ihr verboten, ins Ausland zu reisen und „im öffentlichen Raum aufzutreten“.

Ein Militärgericht, dem es an Unabhängigkeit mangelt, ermittelt außerdem gegen Chaima, weil sie die Behörden in einer Radiosendung kritisiert hat. Unter dieser Anklage drohen ihr bis zu zehn Jahre Gefängnis.

Aber Chaima gibt nicht auf. Im Büro des Richters rief sie aus: „Ist das Tunesien? Ist das das Tunesien in dem wir studiert haben, du und ich? Ist das das Tunesien, das wir erträumt haben?“ Als sie ins Gefängnis gebracht wurde, umgeben von Polizist*innen, lächelte Chaima, hob ihre Faust und sang die Nationalhymne.

Fordere die tunesischen Behörden auf, die unbegründeten Ermittlungen und sonstigen Einschränkungen gegen Chaima Issa unverzüglich einzustellen.

SETZ DICH EIN!
Bitte schick den Appellbrief möglichst bald ab.

ZEIGE CHAIMA DEINE SOLIDARITÄT!

Lasse sie wissen, dass du ihren Einsatz bewunderst und ermutige sie.

TWITTER/X: @IssaaChaima

ADRESSE:

Chaima Issa
c/o Amnesty International
Tunis Regional Office
24 Avenue de la livre
Les Berges du Lac 2
Tunis
Tunesien

QUO VADIS, TOCHTER AFGHANISTANS?

© Kiana Hayeri / Amnesty International

Die Welt darf Afghanistans Frauen und Mädchen nicht vergessen.

Von Shiva Badihi, Mitglied des Amnesty-Netzwerks Frauenrechte, und Oliver Fleischmann

„Bei der Verleihung des Friedens-Nobel-Preises im Dezember 2001 begann der ehemalige Generalsekretär der Vereinten Nationen seine Rede mit folgenden Worten: ‚Heute wird in Afghanistan ein Mädchen geboren. Wer ist sie? Ist sie Studierende an einer Universität, die ins Exil gezwungen worden ist, damit sie Ihre Ausbildung abschließen kann? Ist sie eine qualifizierte Berufstätige, die vor wenigen Monaten noch eine Karriere vor sich hatte und jetzt verurteilt ist, das Haus nicht mehr zu verlassen. Oder ist sie wie die junge Frau, die erst unlängst ein UNAMA*-Team im südwestlichen Afghanistan getroffen hat: Die Tochter einer Witwe, ein Mädchen, das […] noch nie eine Schule besucht hat, deren wichtigste Sorge es ist, genug Trinkwasser für Ihre Familie zu finden?‘
Diese kurzen Beispiele zeigen die Dilemmata und Komplexität im heutigen Afghanistan: Es gibt keine einfachen Antworten.“ (zitiert aus: Briefing to the United Nations Security Council by the Secretary-General’s Special Representative for Afghanistan, Roza Otunbayeva, New York, 26 September 2023)

AFGHANISTAN VERSCHWINDET AUS ÖFFENTLICHER WAHRNEHMUNG. Was es vor allem gibt, sind Fragen über Fragen, die aber entweder niemand stellt, oder niemand hören will. Zugegeben, wer würde bei den sich gegenseitig zumindest den medialen Rang ablaufenden Ereignissen der letzten Monate, Wochen, Tage nicht den Überblick verlieren. Konflikten und Krisen, die über diverse mehr oder weniger soziale Medien zu politischem Kleingeld ebenso taugen wie zum Kulturkampf um „unsere Werte“ wo jede*r Partei „für Menschlichkeit“ und unschuldige Opfer ergreifen muss, um nicht als Befürworter*in von menschenverachteten Ismen zu gelten. Guter Rat – so sagt man – ist teuer, gute Tat nicht nur Mangelware, sondern auch unerschwinglich (in der Krise gibt es immer Wichtigeres).

VERTREIBUNG AUS PAKISTAN. Und beinahe wäre es auf der Strecke geblieben: Tausende Afghan*innen, die sich „freiwillig“ - bevor auch offiziell die Abschiebung genannten Vertreibungen aus Pakistan beginnen - auf die Reise in ein devastiertes Land machen, in dem ja nun kein Krieg mehr herrscht, weil wieder Gotteskrieger herrschen.
Im Fernsehen beiläufige Bilder von Fahrzeugkolonnen, mit lachenden Kindern auf Abenteuerreise, denen man offensichtlich sagen muss „Das Leben wird schön“, um ihnen nicht sagen zu müssen, was mindestens auf die eine Hälfte wartet: Ein Leben ohne jeden Anspruch auf grundlegende Menschenrechte: Für Frauen und Mädchen gibt es unter den Taliban keine Bildung, keine Berufsausübung, keine Teilhabe am öffentlichen Leben, von Selbstbestimmung, Freiheit oder Menschen-

würde ganz zu schweigen. Auch mit dem Ende der ersten Taliban-Herrschaft, war ein Versprechen auf „nie wieder“ verbunden, das allenfalls noch Hoffnung ist.

ZIVILBEVÖLKERUNG IN GEISELHAFT. Die Taliban haben bei ihrer erneuten Machtübernahme Verträge unterzeichnet, die die Einhaltung von Mindeststandards zusichern, um im Gegenzug weiterhin dringend benötigte humanitäre Hilfe zu erhalten. Über den Wert von Papier muss nicht lange spekuliert werden, was aber wenig Beachtung findet: Während die internationale Diplomatie natürlich „im Dialog“ bleiben muss, wird die Zivilbevölkerung von den Machthabern in Geiselhaft genommen: Ohne Einverständnis und Sicherheitsgarantien und ohne Mitwirkung lokaler Organisationen kann die zugesicherte humanitäre Hilfe nicht umgesetzt werden. Damit lenken Taliban ganz gezielt und unverschämt Hilfe an Frauen vorbei.

DISKRIMINIERUNG VON FRAUEN WIRD TOLERIERT. Wir werden - wenn wir die Menschen in Afghanistan nicht in Stich lassen wollen - genötigt, die Diskriminierung von Frauen und Mädchen nicht nur zu tolerieren, sondern sie auch ganz pragmatisch mitzutragen. In der Zwischenzeit werden Frauen wieder Schritt für Schritt aus der Öffentlichkeit verdrängt. Widerstand wird niedergeprügelt. Nennen wir es beim Namen: vor den Augen der Weltöffentlichkeit werden in Afghanistan wieder Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen.
Welche Fortschritte erwarten die Frauen der Region, wenn sich Mullahs aus Kabul und Teheran für eine friedliche Kooperation beraten? Wird der Iran auch ganz offiziell pakistanische Maßnahmen setzen?**
Wie schätzen diese Herren unsere Glaubwürdigkeit als Mahner*innen für Menschenrechte ein?
Wohin gehst Du also, Tochter Afghanistans, die Du nicht nur am Ende unseres Lateins ankommst, sondern nicht einmal in irgendeiner Schrift lesen oder schreiben lernen darfst? Welche Zukunft kannst Du Dir gar nicht erst ausrechnen, wenn Du in diesem so beherrschten Land außer zu Hause tatsächlich nirgendwo sonst „unbegleitet“ hinkannst? Gehst Du in die Untergrundschule, die Geheimambulanz, oder für beides ins Gefängnis?
Wirst Du als Braut verkauft, oder musst Du die Reisekosten abarbeiten? Oder bleibt ein Weg nach Europa, den man auch hier immer noch illegal nennt?
Was ist eigentlich aus der Amnesty-Initiative/ Forderung nach Asyl für besonders gefährdete Afghaninnen geworden, hat man schon etwas von den Ministern gehört?

Mehr aktuelle Informationen zur Situation in Afghanistan unter news.un.org/en/story/2023/09/1141477

**United Nations Assistance Mission in Afghanistan / Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan*

*** The Azadi Briefing: Iran And Pakistan Plan To Deport Millions Of Undocumented Afghan Migrants, RadioFreeEurope, https://www.rferl.org/a/azadi-briefing-afghan-migrants-deporting-iran-pakistan-russia/32616150.html*

MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN IN AFGHANISTAN BEENDEN

Seit ihrer Machtübernahme in Afghanistan im August 2021 haben die Taliban eine neue Ära der Menschenrechtsverletzungen eingeläutet. Jetzt, zwei Jahre später, steht das Land am Rande des unwiderruflichen Ruins.

Die Taliban-De-facto-Behörden haben nicht nur ihr Versprechen gebrochen, die Rechte des afghanischen Volkes, insbesondere die der Frauen, zu schützen, sie haben auch den Teufelskreis der Gewalt wieder aufgenommen und ungestraft eine Litanei von Menschenrechtsverletzungen begangen. Innerhalb eines Jahres haben sie wichtige Institutionen zum Schutz der Menschenrechte systematisch abgebaut und das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit, auf faire Gerichtsverfahren und andere Rechte eingeschränkt. Die Grundrechte von Frauen und Mädchen wurden beschnitten. Tausende Afghan*innen wurden willkürlich festgenommen, gefoltert, sind verschwunden und sogar getötet worden. Besonders gefährdet sind weiterhin Journalist*innen, Aktivist*innen, Künstler*innen sowie religiöse und ethnische Minderheiten. Die Menschenrechte werden an allen Fronten angegriffen. Es muss gestoppt werden.

Fordere die De-facto-Behörden der Taliban auf, die Menschenrechte in Afghanistan zu respektieren und zu gewährleisten.

amnesty.org/en/petition/stop-the-roll-back-on-human-rights-in-afghanistan/

AND AIN'T I A WOMAN?! SOJOURNER TRUTH ERSTE, LAUTE STIMME DER SCHWARZEN FRAUEN

Sojourner Truth befreite sich selbst aus der Sklaverei, hielt - obwohl Analphabetin - flammende Reden, veröffentlichte ein Buch und setzte sich als erste Schwarze Aktivistin für die Rechte der Frauen ein.

Von Dorothea Sturn, Sprecherin des Amnesty-Netzwerks Frauenrechte

Ein Bild von Sojourner Truth aus dem Jahr 1864 enthält ihre Worte „Ich verkaufe den Schatten, um die Substanz zu unterstützen". Truth ließ sich porträtieren und verkaufte Flugblätter, um die Kosten für ihren Aktivismus zu decken, während sie durch das Land reiste und für Menschenrechte kämpfte.
Sojourner Truth wurde vermutlich 1797 als eines von zehn Kindern der versklavten Elisabeth (Ma Ma Bett) und James (Bomefree) auf einer Farm in Ulster County, New York, geboren. Sie wurde Isabella genannt, Nachnamen waren bei Sklav*innen nicht üblich. Sie wurde mehrfach auf Auktionen verkauft, von mindestens einem Besitzer vergewaltigt und musste mit ansehen, wie ihre eigenen Kinder verkauft wurden.

PROZESS GEGEN EINEN WEISSEN MANN GEWONNEN.

Truth war aber auch redegewandt und hartnäckig, so gewann sie als eine der ersten schwarzen Frauen einen Prozess gegen einen weißen Mann, der ihren Sohn Peter verkauft hatte.
Als ihr Sklavenhalter sein Versprechen brach, das 1827 im Bundesstaat New York erlassene Gesetz zur Abschaffung der Sklaverei zu respektieren, nahm sie die Sache selbst in die Hand und befreite sich aus seiner Herrschaft. Sie konvertierte zum Christentum und zog 1829 nach New York City, wo sie als Hausangestellte arbeitete.
Im Jahr 1843 erklärte sie, dazu berufen zu sein, die Wahrheit zu predigen. Sie nannte sich fortan Sojourner Truth und reiste als Predigerin durch das Land. Als Wanderpredigerin lernte Truth die Abolitionisten William Lloyd Garrison und Frederick Douglass kennen und hielt flammende Reden gegen die Sklaverei. Sie lernte nie lesen oder schreiben. Im Jahr 1850 diktierte sie ihre Autobiografie „The Narrative of Sojourner Truth" Olive Gilbert, die ihr auch bei der bei der Veröffentlichung half. Truth lebte vom Verkauf des Buches, das ihr auch nationale Anerkennung einbrachte.

FÜR DIE RECHTE VON FRAUEN UND SKLAV*INNEN.

Anfang der 1850er Jahre kam sie mit der Frauenrechtsbewegung in Kontakt und wurde von anderen Frauen, insbesondere Lucretia Mott ermutigt, sich für Frauenrechte einzusetzen. Ihr Engagement, ihr Auftreten (sie war mit ca 1,80m eine sehr große Frau) ihr Scharfsinn und die Intensität ihrer öffentlichen Reden machten sie bald bekannt. Mit ihrer kraftvollen Stimme nutzte Truth instinktiv die Macht ihrer Haltung und ihres Auftretens, um ihr Publikum zu fesseln. Sie trug verzierte Hauben und Kleider, um die stereotypen Erwartungen der Menschen, denen sie begegnete, zu entkräften.
Als erste Schwarze Aktivistin stellte sie eine Verbindung her zwischen Frauen- und Sklavenrechten. 1851 begann Truth eine Vortragsreise, die sie auch zu einer Frauenrechtskonferenz in Akron, Ohio, führte, wo sie ihre berühmte Rede „Ain't I a Woman" hielt. Sie endete mit: "And then that man back in the black … says that women can't have as much rights as men because Christ wasn't a woman. Where did your Christ come from? … From God and a woman. Man had nothing to do with him. Now if the first woman that God ever made was strong enough to turn this world upside down all alone, these women together ought to be able to turn it back and get it right side up again. And now they are asking to do it and you men better let them." Für ihre Rede, die gerade einmal drei Minuten dauerte, erhielt sie tosenden Beifall.

© commons.wikimedia.org

Entschieden widersprach sie den Männern, die die Sklaverei abschaffen wollten, aber dagegen waren, dass Frauen sich an den Abolitionskämpfen beteiligten. Ihr kompromissloses Eintreten für Frauenrechte führte auch zum Bruch mit Douglass, der glaubte, dass das Wahlrecht für ehemals versklavte Männer vor dem Frauenwahlrecht kommen sollte; sie war der Meinung, dass beides gleichzeitig geschehen sollte. Als Schwarze und als Frau machte Truth klar, dass Frauen in der Lage sind, sich aktiv und prägend am Kampf für die Abschaffung der Sklaverei zu beteiligen.

IM WEISSEN HAUS GEEHRT. Als der Bürgerkrieg begann, rief Truth dazu auf, sich der Union anzuschließen, und organisierte Nachschub für schwarze Truppen. Nach dem Krieg wurde sie mit einer Einladung ins Weiße Haus geehrt und engagierte sich im Freedmen's Bureau, wo sie befreiten Sklav*innen half, Arbeit zu finden und sich ein neues Leben aufzubauen.
Ihr Leben lang kämpfte sie für das Wahlrecht von Frauen und Schwarzen und nutze ihren Einfluss, um permanent und überall öffentlich darauf aufmerksam zu machen. Nahezu blind und taub starb Sojourner Truth 1883 in Battle Creek, Michigan.
Sie war sich durchaus der doppelten Betroffenheit Schwarzer Frauen von Sexismus und Rassismus bewusst. Bereits 1860 sagte sie „Es gibt eine große Aufregung darüber, dass farbige Männer ihre Rechte bekommen, aber kein Wort über die farbigen Frauen; und wenn farbige Männer ihre Rechte bekommen und farbige Frauen nicht, sehen Sie, dass die farbigen Männer Herren über die Frauen sein werden, und es wird genauso schlimm sein wie zuvor." (Sojourner Truth: Address to the First Annual Meeting of the American Equal Right Association. In: B.J. Loewenberg (Hrsg.): Black Women in Nineteenth Century American Life. University Park 1996).
Die meisten historischen Quellen datieren den Beginn des Kampfes für das Frauenwahlrecht in den USA mit dem Jahr 1848 in Seneca Falls (Woman's Rights Convention) und das Ende mit dem Jahr 1920 (Ratifizierung des neunzehnten Verfassungszusatzes). Aber diese überwiegend weiße Frauenbewegung hat den meisten Schwarzen Frauen das Wahlrecht nicht verschafft. Um ihre Rechte zu erlangen, brauchten sie eine eigene Bewegung.
Und auch heute noch braucht es einen scharfen Blick auf die besondere Betroffenheit Schwarzer Frauen. An der Ermordung der Afroamerikanerin Breonna Taylor im Jahr 2020 haben sich Debatten über das gefährdete Leben Schwarzer Frauen entzündet. Doch während der Mord an dem Afroamerikaner George Floyd nicht nur in den USA, sondern weltweit zu Demonstrationen und Solidaritätsbekundungen geführt hat, laufen Breonna Taylors Mörder immer noch frei herum.
Schwarze Frauen brauchen auch heute unsere Solidarität.

Quellen:
•Encyclopaedia Britannica https://www.britannica.com/biography/Sojourner-Truth,
• Wikipedia https://en.wikipedia.org/wiki/Sojourner_Truth,
• National Geographics https://www.nationalgeographic.com/history/article/sojourner-truth-battle-cry-still-resonates-170-years-later
• National Women's History Museum, https://www.history.com/topics/black-history,
• Unesco https://en.unesco.org/womeninafrica/sojourner-truth/biography

TIKTOKS GESCHÄFTSMODELL GEFÄHRDET KINDER UND JUGENDLICHE

Fast die Hälfte aller Videos der Untersuchungstests von Amnesty International enthielten potenziell schädliche Inhalte für die geistige Gesundheit junger Menschen.

Das Geschäftsmodell und die Funktionsweise von TikTok stellen eine Gefahr für junge Nutzer*innen der Plattform dar, da ihnen aufgrund von Empfehlungen in ihrem Feed Inhalte über Depressionen und Suizid angezeigt werden, die bestehende psychische Probleme verschlimmern könnten. Dies geht aus zwei neuen Berichten von Amnesty International hervor.
Die beiden Berichte *Driven into the Darkness: How TikTok Encourages Self-harm and Suicidal Ideation* und *I Feel Exposed: Caught in TikTok's Surveillance Web* machen auf Menschenrechtsverstöße aufmerksam, denen minderjährige und jugendliche TikTok-Nutzer*innen ausgesetzt sind. Die Berichte zeigen auf, inwiefern diese Verstöße dem Geschäftsmodell und der Funktionsweise der Plattform geschuldet sind.
Die Erkenntnisse stammen aus einer gemeinsamen technischen Untersuchung von Amnesty International, dem *Algorithmic Transparency Institute (ATI)* und der *National Conference on Citizenship and AI Forensics*.
„Die Berichte entlarven die manipulative und süchtig machende Art und Weise, wie TikTok-Feeds gestaltet sind. Diese zielen darauf ab, Nutzer*innen so lange wie möglich auf der Plattform zu halten, so Lisa Dittmer, Research-Expertin bei Amnesty International.

FOR YOU-FEED FÜHRT POTENZIELL ZU PSYCHISCHER ABWÄRTSSPIRALE. Für die technischen Recherchen wurden mehr als dreißig automatisierte Konten eingerichtet, die vermeintlich 13-jährigen Nutzer*innen in Kenia und den USA gehörten, um die Auswirkungen der algorithmischen Empfehlungen auf junge Nutzer*innen zu erfassen. Eine zusätzliche manuell durchgeführte Simulation umfasste je ein Konto in Kenia, den Philippinen und den USA.
Der Bericht *Driven into the Darkness: How TikTok Encourages Self-harm and Suicidal Ideation* erläutert, wie TikTok riskiert, psychische Probleme wie Depressionen, Angstzustände und Selbstverletzung noch weiter zu verstärken.
Der *For You*-Feed von TikTok ist eine hochgradig personalisierte Seite, durch die man endlos weiter scrollen kann. Sie enthält algorithmisch empfohlene Inhalte, die das System nach den mutmaßlichen Interessen der Nutzer*innen auswählt.
Die technischen Recherchen ergaben, dass der Feed nach nur 5-6 Stunden auf der Plattform fast zur Hälfte aus Videos über psychische Gesundheit bestand, die potenziell schädliche Inhalte aufwiesen – das sind zehnmal mehr einschlägige Videos als bei Konten, die kein Interesse an Inhalten bezüglich geistiger Gesundheit zeigten.

SUCHT MIT SYSTEM. Diese Abwärtsspirale trat sogar noch schneller ein, wenn die Videos über psychische Gesundheit, die den Testkonten der vermeintlichen 13-jährigen Nutzer*innen in Kenia, den Philippinen und den USA vorgeschlagen wurden, von den Amnesty-Expert*innen erneut angeklickt und angesehen wurden. Nach nur drei bis 20 Minuten bestand der 'For You'-Feed mit dieser Methode zu mehr als der Hälfte aus Videos, die psychische Probleme thematisierten. Innerhalb einer Stunde wurden zahlreiche empfohlene Videos angezeigt, die Suizid normalisierten oder romantisierten.
Die Gestaltung der TikTok-Plattform fördert die ungesunde Nutzung der App.
„Unsere Recherchen zeigen, dass TikTok Jugendliche ernsthaften Gesundheitsrisiken aussetzt, wenn es sein derzeitiges Geschäftsmodell beibehält, das mehr darauf ausgerichtet ist, die Augen auf der Plattform zu halten, als das Recht auf Gesundheit von Kindern und

SAVE THE DATE
Die Amnesty International Österreich Mitgliederversammlung 2024 wird vom 26. bis 28. April 2024 in Wien stattfinden.

© Suki Law

Jugendlichen zu respektieren“, sagte Lisa Dittmer, Research-Expertin bei Amnesty International.

Die Recherchen zeigen, dass das Geschäftsmodell von TikTok von Natur aus missbräuchlich ist und die Nutzer*innen belohnt, um sie an die Plattform zu binden und immer mehr Daten über sie zu sammeln. Außerdem wendet TikTok seine Schutzmaßnahmen nur in bestimmten Teilen der Welt an, so dass Kinder und Jugendliche in manchen Weltgegenden der ausbeuterischen Datensammlung noch stärker ausgesetzt sind als andere.

Ein Teilnehmer der Fokusgruppe erklärte: „Die Inhalte, die ich sehe, kurbeln meine Gedankenspirale [noch] weiter an, z. B. Videos, in denen jemand krank ist oder sich selbst diagnostiziert. Das wirkt sich auf meine psychische Verfassung aus. Ich habe das Gefühl, dieselben Symptome zu haben, und meine Ängste werden schlimmer. Und ich suche sie [die Videos] nicht einmal heraus, sie erscheinen einfach in meinem Feed.“

Eine 21-jährige Frau auf den Philippinen, sagte: „Ich habe TikTok eine Zeit lang gelöscht, weil ich sehr süchtig danach war... Ich habe so viele Stunden auf TikTok verbracht, nur um durch die Videos zu scrollen, weil ich immer wieder wissen wollte, was als Nächstes kommt, wenn man nach unten scrollt.“

DAS NETZ DER ÜBERWACHUNG. Amnesty fordert, dass TikTok, nicht nur in Europa, die Rechte all seiner jüngeren Nutzer*innen respektiert, indem es jegliche gezielte Werbung verbietet, die sich an Personen unter 18 Jahren weltweit richtet. Außerdem solle der *For You*-Feed nicht standardmäßig personalisiert werden. Stattdessen sollen die Nutzer*innen die Möglichkeit haben, aktiv zu entscheiden, welche Interessen ihre Inhaltsempfehlungen beeinflussen, und zwar auf der Grundlage ihrer informierten Zustimmung und wenn sie einen personalisierten Feed wünschen.

TIKTOK VERSPRICHT MEHR SORGFALT. Als Reaktion auf die Recherchen von Amnesty International verwies TikTok auf seine Community-Richtlinien, in denen festgelegt ist, welche Arten von Inhalten verboten sind und daher von der Plattform entfernt werden, wenn sie gemeldet oder anderweitig identifiziert werden Dazu gehört ein Verbot von Inhalten, die „Suizid und Selbstverletzung zeigen, fördern oder Anleitungen dazu geben, sowie damit zusammenhängende Herausforderungen, Mutproben und Spiele, die „Suizid- und Selbstverletzungshandlungen zeigen oder fördern“ und „Pläne für Suizid und Selbstverletzung teilen“.

TikTok erklärte außerdem, dass begonnen wurde, einen „unternehmensweiten Prozess der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht zu entwickeln, der die Durchführung regelmäßiger Bewertungen der Auswirkungen auf die Menschenrechte beinhaltet.“ Das Unternehmen machte jedoch keine Angaben dazu, welche spezifischen Risiken für die Menschenrechte von Minderjährigen und jungen Nutzer*innen es identifiziert hat.

Dass TikTok derzeit keine unternehmensweite menschenrechtliche Sorgfaltsprüfung durchführt, ist ein klares Versäumnis des Unternehmens, seine Verantwortung für die Achtung der Menschenrechte wahrzunehmen.

Mehr zu den Berichten auf amnesty.at und amnesty.org

DIES & DAS

© #aufstehn

„Männer werden immer richtig eingeordnet, Frauen fast nie, denn in unserer Sprache gilt die Regel: 99 Sängerinnen und ein Sänger sind 100 Sänger. Futsch sind 99 Frauen, nicht mehr auffindbar, verschwunden in der Männerschublade."

Luise F. Pusch, Sprachwissenschafterin und Mitbegründerin der feministischen Linguistik in Deutschland

HIJAB-PFLICHT IN INDONESIEN. Anfang September hielt die indonesische *Nationale Kommission zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen* ihre erste Anhörung zu den Hijab-Vorschriften des Landes ab und lud zwei Schülerinnen, sechs Mütter und zwei Väter als Zeug*innen ein.
Seit der Einführung der Hijab-Pflicht in West-Sumatra im Jahr 2001 gibt es in Indonesien 120 lokale Hijab-Vorschriften, von denen 73 noch in Kraft sind. Die Sanktionen reichen von mündlichen Verwarnungen über den Ausschluss von der Schule oder der Arbeit bis hin zu Gefängnisstrafen von bis zu drei Monaten.
Die Schülerinnen klagten darüber, dass sie sich in Schultoiletten versteckten, um dem Mobbing durch Lehrer*innen und Schüler*innen zu entgehen. Einige Mädchen mussten sogar die Schule wechselnund wurden an der zweiten Schule ebenfalls schikaniert. Die zuständigen indonesischen Ministerien sollten die Hijab-Vorschriften aufheben, fordert *Human Rights Watch.*

© privat

POSTO OCUPATO - BESETZTER PLATZ IM FRAUENMUSEUM MERAN. Das Frauenmuseum in Meran ist das einzige Frauenmuseum in Italien. Die Dauerausstellung wurde von einem Team engagierter Frauen gestaltet. Sie zeigt die Geschichte der Emanzipation der Frauen anhand wechselnder Moden und Kleidervorschriften seit der französischen Revolution. Die ausgestellten Kleider und Alltagsgegenstände bringen eine schöne Anschaulichkeit und amüsante Elemente in ein ernstes Thema. Informative Begleittexte auf Italienisch und auf Deutsch über Rollenzuschreibungen, Stereotype, Schönheitsvorstellungen, Gender und Berufstätigkeit von Frauen vermitteln das notwendige Hintergrundwissen. Dieses Frauenmuseum gefällt auch Männern!

SCHWANGERSCHAFTSABBRÜCHE IN VORARLBERG BLEIBEN WEITERHIN MÖGLICH. Nachdem Vorarlberger Politiker*innen vor christlichen Fundamentalist*innen und erzkonservativen Kräften einknickten, war die Gesundheitsversorgung von ungewollt Schwangeren in Gefahr.
Die Initiative *#aufstehn* startete daraufhin einen Appell an Gesundheitsrätin Rüscher. Innerhalb kürzester Zeit haben sich mehr als 17.000 Menschen der Forderung „Vorarlberg: Schwangerschaftsabbrüche müssen möglich bleiben!" angeschlossen. Ende Oktober kam dann die erfreuliche Nachricht: Schwangerschaftsabbrüche bleiben weiterhin möglich! Ab Ende November können ungewollt Schwangere zur Behandlung ins LKH Bregenz Das ist ein wichtiger Schritt im Kampf für die körperliche Selbstbestimmung von Schwangeren.

OHIO STIMMT FÜR DAS RECHT AUF SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH. Künftig ist das Recht auf Abtreibung in Ohio bis zur Lebensfähigkeit des Fötus verfassungsrechtlich geschützt, also ungefähr bis zur 24. Schwangerschaftswoche - und auch darüber hinaus, sofern das Leben der Mutter gefährdet sein sollte. Rund 55 Prozent stimmten Anfang November für eine Verfassungsänderung.
Das Oberste Gericht in den USA hatte im Juni 2022 geurteilt, dass aus der Verfassung kein landesweit gültiges Recht auf Schwangerschaftsabbruch abgeleitet werden kann. Das jahrzehntelang gültige Grundsatzurteil „Roe v. Wade" wurde aufgehoben. Insgesamt haben bereits sieben Bundesstaaten das Recht auf Schwangerschaftsabbruch mit einer Abstimmung gesichert.
Abtreibungen wurden auch in Mexiko im September landesweit entkriminalisiert. Vor zwei Jahren hatte der Oberste Gerichtshof bereits Schwangerschaftsabbrüche im Bundesstaat Coahuila straffrei gestellt.

Absender*in:

_____

_____

_____

_____

G. Mohseni Ejei
c/o Permanent Mission of Iran to the UN
Chemin du Petit-Saconnex 28
1209 Geneva
SCHWEIZ

Dear Mr Gholamhossein Mohseni Ejei,

Prosecution authorities on the instruction of Ministry of Intelligence agents have been subjecting human rights defender Narges Mohammadi, who is arbitrarily detained in Shahr-e Rey prison (also known as Gharchak) in the city of Varamin, Tehran province, to torture and other ill-treatment. They were deliberately denying her adequate healthcare in reprisal for her public campaigning against the use of solitary confinement in Iran's prisons and for seeking accountability for hundreds of unlawful killings during the November 2019 nationwide protests.

I call on you to immediately and unconditionally release Narges Mohammadi, Nobel peace prize laureate 2023, as she is prisoner of conscience detained solely for her peaceful human rights activities, quash her unjust convictions and sentences, and drop any criminal proceedings against her in relation to the peaceful exercise of her human rights.

Pending her release, she must be provided with adequate healthcare, including for treatment unavailable in prison, and with all the medication she requires. She must also be protected from further torture and other ill-treatment.

A prompt, independent, effective and impartial investigation into her allegations of torture and other ill-treatment must be conducted, with a view of bringing those responsible to justice in fair trials.

Respectfully,

AMNESTY FORDERT:
Lassen Sie die Friedensnobelpreisträgerin Narges Mohammadi bitte unverzüglich und bedingungslos frei, da sie eine gewaltlose politische Gefangene ist und sich nur wegen ihrer friedlichen Menschenrechtsarbeit in Haft befindet.

Bitte heben Sie ihre ungerechtfertigten Verurteilungen und Strafen auf und stellen Sie jegliche Strafverfahren ein, die auf der friedlichen Wahrnehmung ihrer Menschenrechte beruhen.

Bis zu ihrer Freilassung muss sie Zugang zu angemessener medizinischer Versorgung erhalten, nötigenfalls auch außerhalb des Gefängnisses, und vor Folter und anderen Misshandlungen geschützt werden.
Leiten Sie umgehend eine unabhängige, zielführende und unparteiische Untersuchung ihrer Folter- und Misshandlungsvorwürfe ein und stellen Sie die Verantwortlichen in fairen Verfahren vor Gericht.

Absender*in:

_____

_____

_____

_____

General Prosecutor
A. Toktonalieva Street, 139
Bishkek
720040
Kirgisistan

Dear Prosecutor General,

I urge you to immediately release **Rita Karasatova** from house arrest.

All charges against her should be dropped that she can carry out human rights activities without fear of retaliation.

Sincerely,

Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt

ich bitte Sie dringend, Rita Karasatova unverzüglich aus dem Hausarrest zu entlassen. Alle Anklagen gegen sie sollten fallen gelassen werden, damit sie ihre Menschenrechtsaktivitäten ohne Angst vor Repressalien ausüben kann.

Mit freundlichen Grüßen,

Absender*in:

_____

_____

_____

_____

Monsieur le Président
Kais Saied
Route de la Goulette
Site archéologique de Carthage
TUNESIEN

Dear Mr President,

I call on the Tunisian authorities to immediately drop the baseless investigation and other restrictions against **Chaima Issa** as they are related solely to the exercise of her human rights.

Respectfully,

Sehr geehrter Herr Präsident!

ich bitte die tunesischen Behörden dringend, die unbegründeten Ermittlungen und sonstigen Einschränkungen gegen Chaima Issa unverzüglich einzustellen, da sie ausschließlich mit der Ausübung ihrer Menschenrechte zusammenhängen.

Hochachtungsvoll,

AMNESTY BEWEGT

Spray-Aktion des Netzwerks Flucht & Migration mit Jugendlichen des Siedlungstreffs Leberberg in Wien

Infotisch der Gruppe Wien am Internationalen Tag gegen die Todesstrafe am 14.10.2023 am Urban Loritz Platz

Die aus dem Iran berichtende ORF-Korrespondentin Katharina Wagner bei ihrem von der Gruppe Mondseeland organisierten Vortrag in Mondsee, im Gespräch mit Shoura Hashemi

Das Netzwerk Frauenrechte am 28. September, dem Safe Abortion Day, beim Denkmal der Kaiserin Maria Theresia

Jedes Jahr lädt das Netzwerk Frauenrechte zum Picknick im Wiener Donaupark mit einer Solidaritätsaktion für die Frauen im Iran ein.

Nach einem angeregten Gespräch mit der Migrationsforscherin Judith Kohlenberger (rechts neben dem Transparent) und der Falter-Journalistin Nina Horaczek (ganz links) im Dschungel Wien. Organisiert vom Netzwerk Flucht & Migration

Graffiti der Gruppe Wien mit Geburtstagswünschen für den inhaftierten iranischen Gewerkschafter Esmail Abdi

IMPRESSUM. Medieninhaberin, Verlegerin, Herausgeberin: Eigenverlag Amnesty International Österreich, Netzwerk Frauenrechte, 1160 Wien, Lerchenfelder Gürtel 43
Redaktion & Gestaltung: Amnesty-Netzwerk Frauenrechte / Theresia Kandler
Vereinsregister ZVR: 407408993
Amnesty Info – Netzwerk Frauenrechte, Nr. 3, Dezember 2023

Wir möchten eine gerechte und inklusive Sprache, die alle Menschen repräsentiert, verwenden. Wir schreiben bewusst von Frauen, da wir explizit alle Menschen, die sich als Frauen identifizieren, damit benennen - unabhängig von biologischen Gegebenheiten, Aussehen oder anderen Zuschreibungen.
Gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung von Amnesty International wiedergeben / Fotos und Beiträge, wenn nicht gekennzeichnet: Amnesty International
Wenn du die AKTIV.IST.IN in Zukunft nicht mehr zugesendet bekommen willst, kannst du sie jederzeit durch ein E-Mail an aktiv.ist.in@amnesty.at oder per Post an Amnesty International, Lerchenfelder Gürtel 43/4/3, 1160 Wien abbestellen.

Österreichische Post AG , MZ 02Z 031 256M